

Die Schweigespirale

Mit dem Rücktritt von Franz Josef Jung ist auch eine Strategie gescheitert. Bislang versuchten Regierung und Bundeswehr, die Gefahren und Fehler des Afghanistan-Einsatzes zu vertuschen. Der ebenfalls angeschlagene Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg will nun für neue Transparenz sorgen.

Ob es noch mehr interne Berichte über das Bombardement in Afghanistan gebe, will Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wissen. Vor ihm sitzen der Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhan und Staatssekretär Peter Wichert. Nein, sagen die beiden. Wirklich nicht?, fragt Guttenberg. Wirklich nicht.

Es ist der Mittwoch vergangener Woche. Guttenberg hat gerade von der „Bild“-Zeitung den Hinweis bekommen, dass sehr wohl ein weiterer Bericht existiere, ein als geheim eingestuftes Bericht der deutschen Feldjäger in Kunduz. Sie waren zwölf Stunden nach der Attacke am Tatort.

Der deutsche Oberst Georg Klein hatte amerikanischen Jagdbombern am Morgen des 4. September befohlen, zwei entführte Tanklastzüge in der Nähe von Kunduz zu bombardieren. Rund 140 Menschen sind dabei gestorben, darunter viele Zivilisten. Es war der folgenschwerste von deutschen Soldaten angeordnete Angriff seit dem Zweiten Weltkrieg.

Guttenberg fragt Schneiderhan und Wichert noch einmal. Als beide wieder leugnen, entlässt er sie. So berichtet es sein Umfeld.

Damit eskalierte eine Affäre, die auch Franz Josef Jung das Amt kosten sollte, Guttenbergs Vorgänger als Verteidigungsminister, zuletzt Arbeitsminister. Er stürzte darüber, dass er behauptet hat, der Bombenangriff habe keine zivilen Opfer gefordert. Ob er ebenfalls falsch informiert war oder wider besseres Wissen gesprochen hat, ist noch ungeklärt. Am vergangenen Freitag ist Jung zurückgetreten.

Damit hatte Angela Merkels schwarzgelbe Regierung ihre erste handfeste Krise. Der Start war ohnehin holprig gewesen, aber ein Ministersturz nach nur vier Wochen – das ist bundesdeutscher Rekord.

Zwar fand Merkel schnell Ersatz. Familienministerin Ursula von der Leyen wird Arbeitsministerin, die hessische Abgeordnete Kristina Köhler Familienministerin. Aber nun ist aus einem Fehlstart ein Desaster geworden. Merkel muss in den kommenden Wochen zeigen, ob sie ihrer zittigen Regierung Halt geben kann.

Und die Affäre um die Tanklast von

Kunduz ist längst nicht ausgestanden. Nachdem Jung abgetreten ist, liegt der Fokus nun auf seinem Nachfolger Guttenberg. Er ist zwar erst vier Wochen im Amt, hat sich aber schon mit Verve hinter Oberst Klein gestellt. Ob er das halten kann, wird sich zeigen. Ein Rückzieher sähe nicht gut aus, der Ruf vom Strahlemann der Politik wäre ruiniert. Afghanistan könnte auch für Guttenberg zum Fluch werden.

Es sollte nur ein begrenzter Einsatz sein im Norden Afghanistans. Eine ruhige Region, kein Krieg, dafür Aufbau, eher eine Sache für Pioniere als für Infanteristen. Mit dieser Hoffnung ist die Bundeswehr 2002 in das ferne Afghanistan gezogen.

Doch jetzt ist es ganz nah. Jetzt steht Deutschland unter afghanischem Einfluss. Denn es ist ein Krieg geworden für die Bundeswehr, und ein Krieg findet nicht nur dort statt, wo gekämpft wird. Ein Krieg wirkt immer auch in der Heimat der Soldaten. Sie kommen zurück, mit eigenen Erfahrungen, traumatisiert, verstört.

Die Afghanistan-Affäre erreicht die deutsche Außenpolitik in einem äußerst heiklen Augenblick. Bis Mitte Dezember muss der deutsche Bundestag über der Verlängerung des Einsatzes am Hindu-kusch abgestimmt haben. Die USA unter Präsident Obama erwarten von den Deutschen sogar, dass sie künftig mehr Soldaten schicken. In der deutschen Bevölkerung schwindet die Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz dagegen rapide – auch weil sie erkennen muss, dass die eigenen Soldaten im Ausland töten (siehe auch Seite 28).

Ein Krieg verändert die Gesellschaft und die Politik. Ein Minister, ein Staatssekretär und ein Generalinspekteur haben nun schon ihre Ämter verloren wegen Afghanistan.

Der Grund ist geradezu klassisch. „Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit“, hat der amerikanische Senator Hiram Johnson 1917 gesagt.

Genau das ist nun auch den Deutschen passiert. Es wurde vertuscht, gelogen. Ein paar Leute bei der Bundeswehr und im Verteidigungsministerium wollten nicht, dass die Öffentlichkeit erfährt, wohin ein Krieg einen Soldaten wie Klein treiben kann. Es sollte alles nicht so schrecklich wirken. Und es war Wahlkampf. Vielleicht spielte auch das eine Rolle.

Deutsche Soldaten führen Krieg in Afghanistan, sie töten und werden getötet, aber die Politik hat sich bislang einer ehrlichen Diskussion verweigert. Nicht einmal das Wort „Krieg“ darf ein Mitglied der Bundesregierung sagen, wenn er über Afghanistan redet. Er habe Verständnis dafür, wenn die Soldaten von Krieg sprechen, sagte Guttenberg. Weiter wollte auch er nicht gehen.

Die semantische Verklemmtheit ist Symptom einer ebenso großen politischen Verklemmtheit. Es wurde nicht offen über Fehler deutscher Soldaten diskutiert, und es wurde nicht offen über die Ziele des Krieges diskutiert. Sonst müsste die Regierung eingestehen, dass sie an das, was sie einmal öffentlich gesagt hat, selbst nicht mehr glaubt: dass Soldaten, Polizisten und Entwicklungshelfer in Afghanistan Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte durchsetzen werden. Das aber waren die großen Ziele, mit der man der Bevölkerung den Krieg verkauft hat.

Guttenberg hat sich nun für Offenheit entschieden. Er will, dass alle Berichte ans Licht kommen, dass die Geheimhaltung aufgehoben wird. Neue Überraschungen sind möglich.

Am Freitag vergangener Woche wirkte er angespannt, aber nicht nervös. Seinen Besuch beim Bundespresseball am selben Abend hatte er abgesagt. Er wollte nicht an einem Tag feiern, an dem ein Kollege zurücktreten musste. Nun muss er den Fall aufklären und im Verteidigungsministerium aufräumen.

Es gilt seit Jahrzehnten als Schlangengrube. Dass dieses Image nicht nur Legende ist, zeigen die widersprüchlichen Gerüchte, die sich um den Fall Oberst Klein ranken. Die einen beschreiben Generalinspekteur Schneiderhan und Staatssekretär Wichert, als hätten sie selbstherrlich regiert. Unter dem schwachen Minister Jung habe der Generalinspekteur wie ein Minister gehandelt und entschieden. Jung seien bewusst Informationen vorenthalten worden, unter Mithilfe und mit Billigung des gutvernetzten Staatssekretärs Wichert.

Vor diesem Hintergrund erscheint es glaubhaft, dass auch Guttenberg bewusst schlecht oder falsch informiert worden ist.

Ein anderes Gerücht verbreitet, dass der Bericht der Feldjäger aus dem Umfeld von Guttenberg durchgestochen worden ist, um missliebige Personen loszuwerden. Sei es, weil sie zu mächtig geworden sind, sei es, weil sie aus dem falschen politischen Lager stammen. Schneiderhan gilt als SPD-nah.

Nach dieser Variante hielten Wichert und Schneiderhan den Feldjägerbericht nicht für erwähnenswert, da er ohnehin in den Nato-Bericht mit eingeflossen war. Sie hätten Guttenberg aber bei der Übergabe des Untersuchungsberichts der Nato-Streitkräfte in Afghanistan, Isaf, auf die Fehler Kleins aufmerksam gemacht.

Für Guttenberg könnte die Frage gefährlich werden, warum er sich bei einem Presse-Statement am 6. November in Berlin so vorbehaltlos hinter Oberst Klein gestellt hat. Er erklärte dabei, „selbst wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte es zu dem Luftschlag kommen müssen“.

Nun behauptet er, der Isaf-Bericht habe das nahegelegt. Erst nachdem er den Feldjägerbericht und den Report des Initial Action Teams gelesen habe, habe ihm gedämmert, dass man auch zu einem kritischeren Urteil kommen könne.

Die Frage ist nur, warum er sich in seinem ersten Urteil 100-prozentig auf einen Bericht verlassen hat, den Nato-Soldaten über Nato-Soldaten geschrieben haben. Warum war er nicht misstrauisch? Anders gesagt: War es nicht naiv, so wichtige Aussagen auf einer solch wackligen Grundlage zu machen?

Franz Josef Jung hat diese Probleme nun nicht mehr. Als er am Freitag um zehn Uhr im Kanzleramt eintrifft, hat er die Hoffnung allerdings noch nicht ganz aufgegeben. Merkel hat ihn zu sich gebeten, sie will mit ihm reden. Vielleicht gibt es ja noch eine Chance, Minister zu bleiben.

Jung merkt schnell, dass er vergebens gehofft hat. Merkel fordert ihn nicht zum Rücktritt auf, das ist nicht ihre Art. Aber sie redet über die Situation, sie beschreibt, was die Öffentlichkeit erwartet.

Jung versteht die Signale. Er hat dem wenig entgegenzusetzen. Er beteuert, er habe stets korrekt gehandelt. Das bestreitet Merkel nicht. Aber die Kommentare der Zeitungen sind eindeutig. Als Jung das Kanzleramt wieder verlässt, ist seine politische Karriere zu Ende.

Er lächelt, als er drei Stunden später in seinem Ministerium vor die Journalisten tritt, um seinen Rücktritt zu verkünden. Er wolle einen Beitrag dazu leisten, dass die Bundesregierung ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen könne und Schaden von der Bundeswehr abgewendet werde, sagt er.

Wenn man Jung nicht besser kennen würde, könnte man diesen Satz für Ironie halten. Der Schaden für die Bundeswehr ist längst da, Jung hat ihn durch derangede Auftritte selbst verursacht. Er war es, der nach dem verheerenden Luftangriff auf zwei Tanklaster in Afghanistan lange bestritt, dass es zivile Opfer gab, obwohl es darüber längst Berichte gab.

Am Morgen des 4. September weist Oberst Georg Klein, Kommandeur des Bundeswehrfeldlagers in Kunduz, US-Kampfflugzeuge an, zwei von Taliban gekaperte Tanklastwagen zu zerstören. Mit zwei 500-Pfund-Bomben attackieren Piloten amerikanischer F-15-Kampffjets um 1.49 Uhr die Tanklaster, die zu diesem Zeitpunkt im Kunduz-Fluss auf einer Sandbank feststecken. Bis zu 142 Menschen kommen in dem Inferno um.

Jungs Feldzug gegen die Wahrheit beginnt am Mittag nach dem Bombardement. „Unbeteiligte sind nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu Schaden gekommen“, verkündet Ministeriumssprecher Kapitän zur See Christian Dienst vor der Bundespressekonferenz. Der Angriff sei angeordnet worden, „weil Erkenntnisse vorlagen, die den Schluss zuließen, dass keine unbeteiligten Zivilpersonen durch den Angriff zu Schaden hätten kommen können“. Jung, auf Wahlkampfreise, fügt aus der Ferne hinzu: Er habe keine Informationen über zivile Opfer. „Was wir bisher nur wissen, ist, dass beispielsweise auch verkohlte Waffen dort gefunden worden sind, so dass hier die Indizien klar für Taliban sprechen.“

Die Nachrichtenagenturen berichten zu diesem Zeitpunkt bereits von zivilen Opfern. Aber nicht nur sie: Die Bundeswehr weiß ebenfalls schon, dass Unschuldige zu Schaden gekommen sind. Feldjäger, die am Tag nach dem Inferno auf Erkundung gehen, melden „sechs Patienten im Alter von 10 bis 20 Jahren“ im Krankenhaus Kunduz. Ein deutscher Oberstarzt im Regionalkommando präzisiert: Zwei Jungen, um die 14 Jahre mit „offenem Bruch“ und „Schrappell-Verletzungen“.

Diese Hinweise gelangen offenbar noch am Abend des Bombentages auf elektronischem Weg an das Einsatzführungskommando in Geltow bei Potsdam. Von dort werden solche Informationen üblicherweise dem Einsatzführungsstab im Verteidigungsministerium gemeldet. Es soll alle Informationen zeitnah und ordnungsgemäß in der Befehlskette weitergeleitet haben, heißt es. Wo diese Informationen versickert sind, ist bislang ungeklärt.

Im Verteidigungsministerium plappert zwei Tage nach dem Bombardement jeder, was er will. Spitzenleute des Ressorts – Militärs, Staatssekretäre, Pressesprecher tapen im Dunkeln. „Ich habe gegoogelt, um mich zu informieren“, bestätigt ein hochrangiger Mitarbeiter Jungs. Auch eine gemeinsame Sprachregelung fehlt. „Wir hatten alle unsere Informationen. Aber eine offizielle Unterrichtung aus dem Ministerium gab es nicht“, sagt ein Offizier. Die Parlamentarier informiert Jung auf knappen 17 Zeilen über den „erfolgreichen Einsatz gegen Aufständische im Raum Kunduz“.

Am Morgen des 6. September warnen Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan und sein Stellvertreter Johann-Georg Dora den Minister persönlich. Sie weisen darauf hin, dass es möglicherweise doch zivile Opfer gegeben habe. Jung sagt nun: „Eindeutig scheint mir festzustehen, dass auf jeden Fall der überwiegende Anteil Taliban gewesen sind.“ Er beruft sich auf afghanische Behörden, die von 56 toten Kämpfern und 12 Verletzten berichten. Wenige Stunden später erklärt der Distriktsgouverneur, es gebe 135 Opfer, darunter viele Kinder.

Am Abend des 7. September trifft beim Leiter des Einsatzführungsstabs Konteradmiral Andreas Krause der Bericht des sogenannten Initial Action Teams ein. Der Isaf-Kommandeur General McChrystal, der zwölf Stunden nach dem Bombardement mit neun Begleitern den Tatort besichtigt hat, fasst die Recherchen vor Ort zusammen. Das Papier, das dem SPIEGEL vorliegt, enthält Auswertungen der Videoaufnahmen der Kampffjets, Mitschnitte des Funkverkehrs zwischen der Fliegerleitstelle des Obersts Klein und den Bomberpiloten.

Schon auf der ersten Seite stellt das Team fest: „Mit sehr großer Wahrscheinlichkeit hat es zivile Opfer gegeben.“ Ein Junge, etwa zehn Jahre alt, mit Schrapnellwunden habe berichtet, er sei gegen den Willen seines Vater zu den Tankern gelaufen, um Treibstoff für die Familie zu ergattern. „Die Tatsache, dass ein kleiner Junge unter den Verwundeten war, legt nahe, dass eine ganze Reihe von Kindern anwesend war“, stellen McChrystals Leute fest. Jung beeindruckte das nicht.

Die Rechercheure werfen ebenfalls die Frage auf, ob der deutsche Oberst, der sich allein auf die Videos aus amerikanischen Jets und Aussagen eines einzigen afghanischen Informanten gestützt hat, tatsächlich sicher sein konnte, dass keine Zivilisten in der Nähe der Tanklaster waren. Allein die verschwommenen Bilder der Kameras an Bord der Kampffjets konnten die Aussage des afghanischen Informanten „mit Sicherheit nicht bestätigen“, stellt der Bericht fest. „Der Kommandeur konnte zwar davon ausgehen, dass sich einige Aufständische bei den Tankern aufhielten, davon auszugehen, dass gleich alle dort anwesenden Aufständische gewesen sein müssen, war eher unverständlich.“

Der deutsche Befehlshaber im operativen Hauptquartier der Nato für die Isaf-Mission, General Egon Ramms, erkennt die Tragweite des Papiers und bietet dem Verteidigungsministerium sofort „Unterstützung und Beratung“ an. Doch die Offerte wird ausgeschlagen.

Stattdessen spielt Jungs Sprecher Thomas Raabe das Papier als „Reisebericht“ herunter. Die Obleute des Verteidigungsausschusses werden am 8. September lediglich von der Existenz des Berichts informiert. Über den Inhalt erfahren sie kein Wort.

Dass die Neigung des Ministers, sich zu informieren, in diesen Tagen offenbar wenig ausgeprägt war, gab Jung am Donnerstag vergangener Woche vor dem Parlament mit verblüffender Offenheit zu. Den Bericht der Feldjäger hat der Minister an die Nato weiterleiten lassen, ohne ihn überhaupt zu lesen.

Egal wer das Lügegebäude am Ende zum Einsturz gebracht hat. Klar ist, dass die Bundeswehr, das Verteidigungsministerium, die Regierung alles darangesetzt

haben, dass der Vorfall das Image der Deutschen als Stabilisierer, Brückenbauer und Brunnenbohrer so wenig beschädigt wie möglich.

So schildert der Feldjägerbericht schon die Buchführung von Oberst Klein zur Nacht der Bombardements als unzureichend. Auf Seite zwei der Unterlagen bemängelt der unterzeichnende Oberstleutnant am 9. September, die „Prüfung/Gewissheit, dass bei einem Bombenabwurf zivile Opfer nicht zu erwarten sein werden“, sei in allen auffindbaren Unterlagen „nirgends erläutert“.

Nachdem die Bomben abgeworfen waren, hatte es Klein als Chef des Camps in Kunduz nicht eilig, den Fall aufzuarbeiten. Entgegen der erst am 2. Juli von Isaf-Chef McCrystal verschärften Vorschriften bei Luftangriffen leitete er keinerlei Untersuchungen am Tatort ein, dies hätte aber laut dem Report „innerhalb von 2 Stunden“ passieren müssen. Als schließlich am Mittag des nächsten Tages die ersten Deutschen am Tatort eintrafen, waren alle Leichen und fast alle Spuren verschwunden.

Das Fazit der Feldjäger ist vernichtend: Die Handlungen von Klein und seinen Offizieren, so der Befund, „verhinderte in der Folge eine frühzeitige und möglichst objektive Information der militärischen und politischen Entscheidungsträger in Deutschland, aller beteiligten Isaf-Nationen, der Medien und der Öffentlichkeit“.

Schneiderhan wiederum, von diesen klaren Worten wenig begeistert, versucht weitere Recherchen der Feldjäger zu unterbinden und überlegt, den Bericht ganz unter den Tisch fallen zu lassen. Bis nach zwei Wochen klar ist, dass er ihn an die Nato weiterleiten muss.

Und die Bundesregierung gibt bei einem Besuch dem Nato-Oberkommandierenden in Europa, Admiral James G. Stavridis, zu verstehen, dass eine allzu deutliche Verurteilung des deutschen Obersts durch die Nato in Deutschland zu juristischen Problemen führen könnte. Mit Erfolg. Der Isaf-Bericht enthält sich tatsächlich weitgehend jeder Bewertung und ist in einem neutralen Ton abgefasst.

Die Bräsigkeit, mit der Jung die heikelste Operation in der Geschichte der Bundesrepublik begleitete, passt ins Bild seiner unglücklichen Ministerzeit. Begleitet von der ständigen Angst, etwas falsch zu machen, tapste er vier Jahre lang durch sein Amt. Seine öffentlichen Auftritte waren oft Momente der Peinlichkeit. Selten wirkte ein Minister so überfordert mit seiner Aufgabe wie Franz Josef Jung.

Dabei hätte es gerade jetzt eines kundi-gen, selbstbewussten, engagierten Verteidigungsministers bedurft.

Spätestens mit dem Beginn des Afghanistans-Einsatzes haben sich Aufgabe und Selbstverständnis der Bundeswehr grundlegend gewandelt. Leider war der zuständige Minister diesem Wandel nicht ge-

wachsen.

Statt der verunsicherten Truppe Orientierung zu geben, verwirrte er sie noch mehr. Ihm fehlten entweder die Lust, eine Idee, oder die Worte. Oder alles davon.

Es dauerte vier Jahre, bis Angela Merkel bereit war, sich ihren Fehler in der Personalpolitik einzugestehen. Für die Bundeswehr waren die Jung-Jahre verlorene Jahre.

Die Affäre Jung wirft den Scheinwerfer auch auf eine der größten Schwächen der Kanzlerin. Sie trennt sich nicht von loyalen Mitstreitern, selbst wenn diese zur Belastung geworden sind. Menschlich ist das verständlich. Politisch schadet es ihr.

Guttenberg dagegen schien ein Glücksgriff gewesen zu sein. Nun aber ist die Frage, warum er sich so vorbildlich hinter Klein gestellt hat. Zwar kannte er den Feldjägerbericht und den Initial Action Report offenbar nicht. Doch die Fakten, die Guttenberg nach eigenen Angaben selbst gelesen hat, sprechen für sich.

Der Isaf-Bericht legt offen, dass die Besatzungen der F-15-Jagdbomber den deutschen Oberst an jenem 4. September angeboten hatten, mit ihren Jets zunächst im Tiefflug über die Tanker zu donnern. Eine solche Demonstration der Stärke, „Show of Force“ genannt, hätte Taliban-Kämpfern, aber auch Zivilisten eine Chance gegeben zu fliehen. Klein lehnte dies ab.

Aus dem Isaf-Bericht geht ebenfalls hervor, dass die Piloten der F-15, als sie um 1.08 Uhr den Luftraum über den Tankern erreichten, ausdrücklich fragten, ob eine akute Bedrohung vorliege, ein „imminent threat“. Klein ließ dies durch ein knappes „confirmed“ seines Fliegerleitoffiziers bestätigen.

Guttenberg konnte dem Bericht auch entnehmen, dass die amerikanischen Piloten zweimal nachfragten, ob die eigenen Truppen Feindberührung hätten. Wieder hörten sie: „confirmed“. In Wahrheit waren aber keine Truppen aus dem Feldlager in Kunduz ausgerückt, um die Lage im Flussbett zu erkunden. Dies legt der Isaf-Bericht ebenfalls offen. Dass eine akute Bedrohung vorlag, schloss offenbar auch ein afghanischer Informant aus. Dieser berichtete Klein telefonisch, dass die Tanker, die im Flussbett feststeckten, ausgeschlachtet werden und das Benzin an die Bevölkerung verteilt werden solle.

Ohne Feindberührung und akute Bedrohung hätte Klein den Befehl zum Luftangriff nicht eigenmächtig erteilen dürfen. Das hätte Guttenberg nach Lektüre eigentlich klar sein müssen.

Die Vorwürfe, die im Isaf-Bericht gegen Oberst Klein erhoben wurden, wiegen schwer. Sie laufen darauf hinaus, dass Klein den Piloten die Unwahrheit gesagt hat und das Bombardement unter Angabe falscher Tatsachen befohlen wurde. Wer den Isaf-Bericht sorgfältig liest, muss den Eindruck gewinnen, dass Klein töten woll-

te. Das hätte auch der Minister erkennen müssen.

Warum er sich auf seiner Pressekonferenz zu der Aussage verstieg, Klein habe den Angriff anordnen „müssen“, bleibt vorerst ein Rätsel. Ein Fehler, das zeigt sich nun, war es allemal.

Nun hat auch Guttenberg, der Überflieger, der vergangenen Mittwoch noch mit dem Titel „Politiker des Jahres“ gekrönt wurde, den Nimbus der Fehlerlosigkeit verloren.

Sein größter Fehler war vielleicht, dass er irgendwann selbst begann, an sein öffentliches Bild zu glauben. In den neun Monaten, denen er der Bundesregierung angehört, kokettierte er zunehmend mit der Rolle des Unbequemen, des Anti-Politikers. Er hat sich berauscht an dem Jubel, mit dem er überall empfangen wurde. Irgendwann musste er selbst glauben, die Dinge bekämen eine eigene Wahrheit, weil sie aus seinem Munde kommen.

Vieles ist ihm tatsächlich geglückt. Er hat als erster Unionsminister gesagt, dass er verstehe, dass viele die Vorgänge in Afghanistan als Krieg bezeichneten. Er hat nicht gesagt, dass er es auch so sieht, aber die Soldaten waren ihm trotzdem dankbar. Als er sie vor zwei Wochen in Kunduz besuchte, wurde er gefeiert wie bei einer CSU-Wahlveranstaltung. Bei einem Besuch in Washington beeindruckte er seine Gesprächspartner mit geschliffenen Manieren und fließendem Englisch.

Über all dem vergaß man zu Hause, dass Guttenberg noch nichts Wesentliches erreicht hat, weder als Wirtschaftsminister noch als Verteidigungsminister.

Man wird künftig genauer hinhören, was der Verteidigungsminister sagt, und nicht nur, was er dabei für eine Figur macht. Vergangene Woche hat Guttenberg einen herben Vorgeschmack auf diese Zukunft erhalten. Die Lichtgestalt ist matter geworden. Bislang wollten die Bürger glauben, dass Guttenberg ein besonderer Politiker ist. Jetzt muss er es tatsächlich beweisen.

Die Bundeskanzlerin hat in der vergangenen Woche eine ganz neue Erfahrung machen müssen: Sie hat einen Minister entlassen müssen, aus eigenem Antrieb.

Die Kanzlerin hatte sich schon in der alten Regierung stets gegen eine Kabinetts-umbildung gesträubt. Sie fürchtete, man könne es ihr als Schwäche auslegen. Nun ist es schlimmer gekommen: Sie muss einen Minister zum Rücktritt drängen, weil *sonst die Regierung beschädigt worden wäre.*

Jungs Rücktritt zerstört das Bild, das

Merkel zeichnen wollte: das Bild einer Wunschkoalition, die energisch die Probleme angeht, pragmatisch und zielstrebig. Glaubwürdig war diese Behauptung nie. Jetzt wirkt sie vollends absurd.

Nach dieser Woche des Chaos hofft Merkel, endlich ein wenig Stabilität in ihr Regierungsbündnis zu bekommen. Das Thema Afghanistan aber wird vorerst bleiben und mit ihm die Gefahren, die dieser Einsatz birgt, für Soldaten wie für Politiker.

Ob die Bundesregierung, ob Guttenberg und die Bundeswehr nach den Monaten des Vertuschens tatsächlich zu einer neuen Kultur der Offenheit, auch mit den eigenen Fehlern, findet, wird sich auch an ihrem Umgang mit Karim Popal erweisen.

Popal ist Rechtsanwalt in Bremen, geboren und aufgewachsen in Afghanistan. Zweimal ist er in den vergangenen Monaten in den Norden des Landes gereist, hat recherchiert, so gut es ging. An den Ort der Explosion konnte er nicht, doch Angehörige von Opfern kamen nach Kunduz-Stadt. So hat er versucht herauszufinden, wie viele zivile Opfer es wirklich gegeben hat.

Am Ende hatte Popal andere Zahlen in der Hand als die Bundeswehr. Danach gab es durch den Angriff 179 zivile Opfer unter der Bevölkerung. 20 Verletzte, 20 Verschwundene, 139 Tote. Als Folge des Angriffs gibt es heute 163 Waisenkinder. 91 Frauen haben ihre Männer verloren. „Ich habe eine Frau getroffen“, sagt Popal, „die jetzt allein zurechtkommen muss mit ihren sechs Mädchen. Solch eine Familie ist in Afghanistan verloren. Und sich, von deutscher Seite aus, nicht um sie zu kümmern, ist ein Verbrechen.“

Popal hat gefilmt während seiner Recherchen, zur Beweissicherung. Er hat Ausweise der vermeintlichen Opfer, Wahlkarten, Führerscheine, Familienfotos. „Wir haben jetzt annähernd die richtigen Zahlen über die zivilen Opfer ermittelt“, ist sich Popal sicher. Man muss ihm nicht alles glauben, aber sein Anliegen, dass Deutschland ein wenig Verantwortung für die zivilen Opfer übernehmen soll, sollte man sich immerhin anhören.

Vor gut zehn Tagen ging beim Verteidigungsministerium ein Fax ein. Die Anwälte um Popal zeigten an, dass sie die Interessen der Hinterbliebenen in Deutschland vertreten. Auf das Fax gab es keine Antwort. Und der Versuch, telefonisch mit dem Verteidigungsministerium in Kontakt zu treten, endete damit, dass man auf das Bürgertelefon verwiesen wurde.

ULRIKE DEMMER, MARKUS FELDENKIRCHEN,
MATTHIAS GEBAUER, JOHN GOETZ,
JOCHEN-MARTIN GUTSCH, SUSANNE KOELBL,
DIRK KURBUJWEIT, RALF NEUKIRCH

Ein angemessener Angriff?

Das Bombardement bei Kunduz fand in der Nacht vom Donnerstag, 3. September, auf Freitag, 4. September, statt.

BEGRÜNDUNG DES LUFTSCHLAGS

Verteidigungsminister Jung rechtfertigt in ersten Stellungnahmen den Luftschlag mit der Gefahr eines anderenfalls drohenden Angriffs der Taliban auf das deutsche Lager mit Hilfe der gekaperten Tanklaster.

Die Laster steckten auf einer Sandbank im Kunduz-Fluss fest, geortet und beobachtet von US-Kampfflugzeugen. Von einer unmittelbaren Bedrohung konnte keine Rede sein.

MILITÄRISCHE AUFKLÄRUNG VOR DEM LUFTSCHLAG

Am Dienstag, dem 7. September, behauptet Jungs Pressesprecher Thomas Raabe, es habe verwertbare Aufnahmen vom Geschehen gegeben. Ein „sehr zuverlässiger“ Informant sei vor Ort gewesen, und man habe über eine weitere Quelle verfügt.

*Das jetzt aufgetauchte Video aus den Kampf-
flugzeugen zeigt nur
schemenhaft eine Men-
schenmenge rund um
die Tanklastwagen.
Der Informant hatte
keinen Sichtkontakt zum
Ort des Geschehens.
Von einer dritten Quelle
war später keine Rede
mehr.*

ZIVILE OPFER

Jung behauptet noch am Sonntag nach der Bombardierung, es seien „ausschließlich terroristische Taliban getötet worden“.

Schon am Abend des Freitags erreichten erste Berichte deutscher Feldjäger und eines Oberstarztes über zivile Opfer das Einsatzführungskommando bei Potsdam. Über diese brisanten Meldungen hätte der Minister informiert sein müssen.